



Schaffhauser Nachrichten
8201 Schaffhausen
052/ 633 31 11
www.shn.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 19'793
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Seite: 21
Fläche: 742'452 mm²

Auftrag: 1095889
Themen-Nr.: 999.204

Referenz: 65321394
Ausschnitt Seite: 1/25



Die Schweiz und die EU sind eng verbunden, dennoch halten die Schweizer an ihrem eigenständigen Weg fest – und das bisher sehr erfolgreich.

Bild Key

Mut

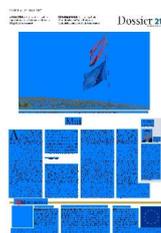
Die Schweiz und die EU müssen ihre Beziehungen neu regeln: Die Chancen, dass die Schweiz politisch eigenständig bleiben und gleichzeitig mit der EU wirtschaftlich verbunden sein kann, sind so gut wie lange nicht. Aber dafür braucht es Mut.

VON **ROBIN BLANCK**

Aufs Engste ist die Schweiz mit ihren Nachbarländern verbunden, über eine gemeinsame Geschichte und gemeinsame Werte. Dieses Verhältnis ist aber schon seit Jahrhunderten auch immer geprägt durch

eine Abgrenzung, zumal sich die Schweizer ihren Eigensinn erhalten haben: Seit Jahrhunderten pocht dieser kleine Staat mitten in Europa auf seine besonderen Strukturen und Eigenheiten, die über blutige Kriege und harte innere Auseinandersetzungen vereinbart und erkämpft wurden. Schon in der Vergangenheit erforderte es immer wieder Mut, diese Eigenheiten zu verteidigen. Gerade jetzt stehen die Beziehungen zwischen der Schweiz und Europa wieder einmal am Scheideweg: Mit der Annahme der Masseneinwanderungs-Initiative (MEI) am 9. Februar 2014 waren es die Schweizerinnen und Schweizer, die ein neues Kapitel aufgeschlagen haben. Diese Initiative beschäftigt seither die Politik und wird es weiter tun. Der nächste Schritt ist absehbar: Das Volk wird darüber abstimmen müssen, ob es die für die Wirtschaftsbeziehungen wichtigen bilateralen Verträge mit der EU kündigen will oder nicht.

Was derzeit also das Verhältnis der



Schweiz zur EU belastet, ist einmal mehr der grundsätzliche Wille, eigenständig zu bleiben und im Speziellen die Zuwanderung selber regeln zu können. Dieses Anliegen kollidiert mit einer der vier Grundfreiheiten der EU – dem freien Verkehr von Waren, Kapital, Dienstleistungen und eben Personen. Für die EU sind diese Freiheiten unverhandelbar, gleichzeitig will Brüssel mit einem Rahmenabkommen die Integration der Schweiz und die Unterstellung des Schweizer Rechts unter die Rechtsprechung der EU vorantreiben.

Das also ist die Ausgangslage: Die Schweiz muss entscheiden, ob sie aus politischen Gründen auf ihrer Eigenständigkeit besteht oder ob sie die mit den bilateralen Verträgen verbundenen wirtschaftlichen Vorteile als wichtiger erachtet.

Beim Entscheid hilft ein Blick zurück, denn vor einem Vierteljahrhundert stand unser Land bereits einmal an diesem Punkt: 1992 wurde über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) als einem «Trainingslager für die EU-Mitgliedschaft» abgestimmt – und die Schweizer haben sich für den eigenen Weg entschieden. Auch damals schon wurden wirtschaftliche Interessen ins Feld geführt: Die Befürworter des Beitritts wurden nicht müde, vor unabsehbaren Folgen eines Neins zu warnen, und entwarfen düstere Horrorszenarien einer darbedenden Schweiz. Es ist, wie wir heute wissen, anders herausgekommen: Die Schweiz hat mit der EU einen Weg gefunden, die gegenseitigen Interessen in Einklang zu bringen und ihre politische Unabhängigkeit zu erhalten. Das muss und wird der Schweiz wieder gelingen, die Zeichen dafür stehen gut. Denn die EU hat sich verändert.

Die proeuropäische Grosswetterlage hat sich in den letzten Jahren eingetrübt: Der Brexit im Juni 2016 sandte Schockwellen durch die Union, die gleichzeitig von einer bisher nie gekannten Einwanderungswelle erfasst wurde. Befürchtet wurde in der Folge ein Siegeszug rechtskonservativer Parteien bei den Wahlen, diese Prophezeiungen haben sich nicht erfüllt:

Weder in Österreich noch in den Niederlanden noch in Frankreich haben EU-Kritiker eine Mehrheit erhalten. In Deutschland stehen die Chancen für eine Wiederwahl von Angela Merkel so gut wie lange nicht. Dennoch: Die Wahlen und der Brexit haben Gewissheiten der EU-Promotoren ins Wanken gebracht.

Im September werden die EU-Mitglieder über die künftige Entwicklung der Union beraten, eine Aufweichung der «unantastbaren Freiheiten» scheint zumindest möglich, denn

die Kritik aus den EU-Ländern an einer immer stärkeren Integration ist unüberhörbar geworden. Eine Konzentration der EU auf einen Binnenmarkt ist ebenso denkbar wie das Modell einer kontinentalen Partnerschaft, die verschieden stark integrierte Kreise der Eurozone umfasst, nicht aber die volle Freizügigkeit für Arbeitskräfte. Das Festhalten an allen vier Grundfreiheiten wird inzwischen auch von namhaften Ökonomen lediglich als Teil der «politischen» Definition des Binnenmarktes betrachtet und ist nicht zwingend.

Fazit: Aussagen darüber, wie sich die EU entwickelt, sind angesichts der Unwägbarkeiten in der Tat schwierig. Deshalb sollten wir uns auf unsere Grundsätze besinnen: Die Schweiz hat es im Umgang mit der EU noch immer verstanden, dank geschickter Verhandlungen Wege für einen Erhalt der politischen Autonomie zu finden und gleichzeitig die Anliegen der Wirtschaft zu berücksichtigen.

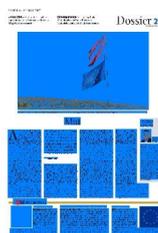
Das war schon nach 1992 so. Nur diesmal ist die Ausgangslage besser. Seien wir eigenständig, seien wir mutig.

Wichtige Elemente



Yves Serra,
CEO Georg
Fischer

«Für GF ist die EU mit über 50 Prozent Umsatzanteil die wichtigste Handelspartnerin. Ich gehe davon aus, dass das Verhältnis Schweiz–EU auch künftig von gegenseitiger Wertschätzung und durch Pragmatismus geprägt ist. Für unser Unternehmen bleibt neben dem freien Warenverkehr der reibungslose Personenverkehr ein wichtiges Element, damit die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Standorte erhalten bleibt und wir unsere Ziele erreichen.»



WIE WEITER? |



DIE EU IN DER WELT

Die Europäische Union ist ein Verbund von derzeit 28 Mitgliedstaaten (inklusive Grossbritannien). In der EU wohnen über 510 Millionen Menschen, was rund 7,1 Prozent der Weltbevölkerung entspricht. Die EU hat Einsichts- und Rederecht bei den Vereinten Nationen.

Die Schweiz liegt geografisch im Zentrum der EU, gehört aber nicht dazu. Mit Ausnahme von Liechtenstein gehören alle Nachbarländer der Schweiz der EU an. Grundlage der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU sind die bilateralen Abkommen.

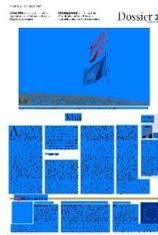
DIE GRÜNDUNG DER EWG: RÖMISCHE VERTRÄGE

Schon nach dem Ersten Weltkrieg gab es verschiedene Bestrebungen, eine Union europäischer Staaten zu bilden. Diese blieben jedoch letztlich erfolglos. Das Ende des Zweiten Weltkrieges war der entscheidende Ausgangspunkt für die europäische Integration: Durch eine Vernetzung der militärisch relevanten Wirtschaftssektoren sollte ein neuer Krieg unmöglich gemacht werden. 1950 schlug der französische Aussenminister Robert Schuman vor, die gesamte französisch-deutsche Kohle- und Stahlproduktion einer gemeinsamen Behörde zu unterstellen. Dies führte 1951 zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion). Mit dabei waren neben Deutschland und Frankreich auch Belgien, Italien, Luxemburg, Holland und die Niederlande. 1957 wurden die Römischen Verträge unterzeichnet: Damit bildeten die sechs Staaten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.

EU-ERWEITERUNG

1973 traten der Europäischen Gemeinschaft in der ersten Nord-erweiterung das Vereinigte Königreich, Irland und Dänemark bei. Später folgten weitere Erweiterungsschritte. Mit dem Vertrag von Maastricht wurde 1992 die Europäische Union gegründet, die damit Zuständigkeiten in nicht wirtschaftlichen Politikbereichen bekam. Im Vertrag wurde zum einen die Gründung einer Wirtschafts- und Währungsunion beschlossen, die später zum Euro führte. Zum anderen beschlossen die Mitgliedstaaten eine engere Koordination in der Aussen- und Sicherheitspolitik und bei der Justiz.





Schaffhauser Nachrichten
8201 Schaffhausen
052/ 633 31 11
www.shn.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 19'793
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Seite: 21
Fläche: 742'452 mm²

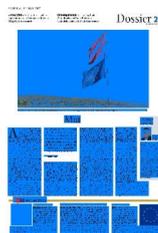
Auftrag: 1095889
Themen-Nr.: 999.204

Referenz: 65321394
Ausschnitt Seite: 4/25

Streitgespräch Christoph Blocher, alt Bundesrat und SVP-Chefstrategie, gegen Pascal Couchepin, alt Bundesrat (FDP)

Das Duell der Alphatiere





VON **ANNA KAPPELER (TEXT)** UND **SELWYN HOFFMANN (BILDER)**

Beide treibt die Beziehung Schweiz–EU seit Jahrzehnten um, schon in der gemeinsamen Bundesratszeit 2003–2007 stritten sich Pascal Couchepin und Christoph Blocher herzhaft darüber. Auch im SN-Streitgespräch gehen bisweilen die Wogen hoch.

Herr Blocher, Sie sind aus dem Nationalrat zurückgetreten, um gegen eine Annäherung der Schweiz an die EU zu kämpfen. Was tun Sie, wenn die Schweiz der EU beiträgt?

Christoph Blocher: Tja, dann tritt sie bei. Nur: Dann bedaure ich dies für die Schweiz, denn es wird mit ihr bergab gehen. Die Schweizer werden sich dann an schlechtere Verhältnisse gewöhnen müssen.

Ihre Welt ginge nicht unter?

Blocher: Den Weltuntergang haben wir nicht in den Händen. Die Schweiz aber wäre nicht mehr die Schweiz. Gefährlich ist aber zurzeit das Rahmenabkommen mit institutioneller Bindung. Damit würden wir uns verpflichten, Gesetze der EU zu übernehmen – ohne zu bestimmen. Im Streitfall entscheidet der Europäische Gerichtshof (EuGH). Wir gäben die Souveränität weitestgehend auf und ketteten uns an die EU. Das will ich verhindern.

Herr Couchepin, Sie erachten einen EU-Beitritt als fernes, aber wünschbares Ziel. Warum eigentlich?

Pascal Couchepin: Wünschbar ist nicht richtig. Ich sage lediglich, dass es möglich ist, dass wir einmal beitreten werden. Ich habe keine Angst vor der EU, weil ich in meiner Identität als Schweizer selbstsicher bin. Zudem

bin ich auch Europäer. Für mich ist es wichtig, dass wir unser Verhältnis mit der EU ständig weiterentwickeln, um engere Beziehungen zu schaffen. Aber jetzt über einen EU-Beitritt zu sprechen, obwohl die EU in grossen Schwierigkeiten ist, wäre wagemutig. Wir sollten mit einer Beitrittsdiskussion warten, bis sich die EU als Institution stabilisiert hat. Wann das ist und ob überhaupt, weiss ich

nicht. Aber ich bin für Offenheit. Politik ist nicht dazu da, um Türen zu schliessen. Natürlich soll man auch nicht in jede Tür eintreten – aber sich die Möglichkeit dazu offenlassen. Herr Blocher und ich sind alt und werden den Beitritt wohl nicht mehr erleben – aber wir sollten unseren Kindern die Möglichkeit lassen, selbst zu entscheiden.

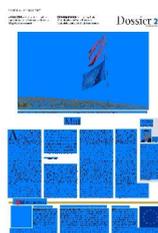
In den letzten Jahren war man doch mehrmals froh, nicht in der EU zu sein?

Couchepin: Wir waren aber auch froh, dass wir gute bilaterale Verträge mit der EU haben. Ich bin froh, Schweizer zu sein, aber nicht froh darüber, nicht EU-Mitglied zu sein. Ich bin vor allem froh, dass wir gute Verhältnisse mit der EU haben.

Haben wir gute Verhältnisse mit der EU?

Blocher: Ja, natürlich. Offene Türen und ein freundschaftliches Verhältnis zur EU sind gut und recht. Nur: Wo ist die Grenze bei der Türöffnung? Auf jeden Fall dürfen wir unsere Handlungsfreiheit nicht aus den Händen geben – das Selbstbestimmungsrecht ist auch ein Menschenrecht. Die Schweiz ist ein Sonderfall, weil bei uns die Bürgerinnen und Bürger die oberste gesetzgebende Gewalt sind. Das ist eine Stärke der Schweiz.

Couchepin: Die EU ist doch kein Gefängnis! Das haben wir am Beispiel der Briten und ihrem Brexit gesehen. Ob deren Entscheidung richtig war, liegt nicht an mir zu beurteilen. Ich weiss aber, dass wir über unser Verhältnis zur EU immer wieder neu diskutieren müssen. Und bezüglich Demokratie



habe ich einige grundlegende Differenzen zu Herrn Blocher: Für mich besteht der Souverän nicht nur aus dem Volk und den Ständen. Teil unseres Demokratieverständnisses ist auch die Gewaltentrennung. Die Gerichte haben eine grosse Wichtigkeit. Das ist das Problem von Herrn Blocher und seinen Leuten: Sie betrachten die Souveränität des Volkes als absolut und als etwas, das sogar die Gewaltentrennung aushebeln kann. Für mich entscheidet das Volk über die Organisation des Landes, aber nicht über Einzelfälle. Wir wollen in der Schweiz so viel Demokratie wie möglich, aber wir wollen auch die Gewaltentrennung. Herr Blocher hat ein Problem damit. Er betrachtet die Gewaltentrennung als zweitrangig.

«Das Volk hat erkannt,
dass die EU für uns
Schweizer eine Fehlkon-
struktion ist. Das gilt auch für
die Personenfreizügigkeit.»

Christoph Blocher
alt Bundesrat (SVP/ZH)

Sind Sie gegen die Gewaltentrennung, Herr Blocher?

Blocher: Das ist eine Unterstellung. Die Gewaltentrennung ist zu respektieren, aber sie rechtfertigt nicht, die Bundesverfassung nicht zu respektieren. Der oberste Gesetzgeber der Bundesverfassung ist in der Schweiz die Mehrheit der Stimmbürger und die Mehrheit der Kantone. Für Bundesgesetze ist das Volk der oberste Gesetzgeber. Das sind ernst zu nehmende Staatsgewalten. Das Parlament ist eine weitere wichtige Instanz – aber es darf sich nicht über Volksentscheide erheben. Auch die Gerichte haben ihre wichtige Funktion, wie auch die Exekutive. Alle diese Gewalten haben ihre Schranken, auch das Volk – beispielsweise im zwingenden Völkerrecht. Warum verteidige ich die direkte Demokratie? Weil die Schweiz seit 150 Jahren gute Erfahrungen damit gemacht hat. Das Volk hat viel Unsinn verhindert und eine bremsende Wirkung auf Gesetzesflut und Staatsausgaben. Das wird auch Herr Couchepin als libera-

ler Mensch so sehen müssen. Zurück zur EU: Der Bundesrat wollte bekanntlich in den EWR, um dann der EU beizutreten. Das hat der Volksentscheid verhindert. Das Volk hat erkannt, dass die EU für uns Schweizer eine Fehlkonstruktion ist. Das gilt auch für die Personenfreizügigkeit.

Couchepin: Mit der Behauptung, die EU sei eine Fehlkonstruktion, wäre ich vorsichtig.

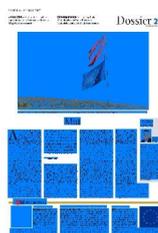
Blocher: (unterbricht) Das ist meine Meinung...

Couchepin: (unterbricht) Sie können Ihre Meinung haben, ich sage Ihnen aber: Die EU läuft. Natürlich häuft sich Krise auf Krise, aber die EU ist eine Meisterin darin, Krisen zu bewältigen. Auch die Schweiz hatte nach dem Befreiungskrieg vom Sonderbund einige Jahrzehnte ihre Schwierigkeiten, aber dann hat sie sich etwa dank der Einführung neuer Rechte stabilisiert. Und natürlich bin ich als FDPler und folglich Gründer der Schweiz begeistert darüber, wie die Schweiz funktioniert. Doch ich widerspreche: Das Volk ist nicht der Gesetzgeber, es kann ein Gesetz annehmen oder ablehnen, aber es nicht selbst machen. Nach dem EWR-Nein hat die Schweiz nach zwei Jahren der Verzweiflung ja dann doch 80 Prozent des EWR-Vertrags umgesetzt. Ohne institutionelle Änderung. In der Geschichte gibt es immer wieder Ereignisse, die man bedauern kann, aber es geht trotzdem weiter.

Blocher: Hier haben Herr Couchepin und ich eine fundamental andere Meinung. 1992 hat die Schweiz darüber abgestimmt, und bei einer Rekordstimmeteiligung von fast 80 Prozent hat sich die Mehrheit gegen den EWR-Beitritt entschieden. Diese Mehrheit ist zu respektieren. 1992 war die Schweiz zerrissen, etwa 49 Prozent wollten damals die Souveränität preisgeben. Heute will kaum mehr jemand in die EU. Nicht einmal mehr Herr Couchepin.

Couchepin: Das ist so, ja.

Blocher: Die Schweiz braucht keine Anbindung an die EU. Heute weiss niemand, in welche Richtung sich die EU bewegen wird. Der Austritt Grossbritanniens ist nicht einfach ein Unglücksfällchen, sondern fällt ins Gewicht: Die Briten sind ein bedeutender Mitgliedsstaat und die zweitgrössten Zahler der EU. Griechenland und Italien sind wirtschaftlich



auf die Bezahlung der reicheren Staaten angewiesen. Für sie ist der Euro als Währung zu schwer, für Deutschland ist er zu leicht. Und warum sollen wir Schweizer uns jetzt an diese EU anketten? Wir haben keine neuen Verträge nötig, schon gar nicht solche, die uns in die EU führen. Sonst können unsere Enkel nicht mehr frei entscheiden, ob die Schweiz unabhängig sein kann.

Couchepin: Darf ich auch wieder einmal etwas sagen? Sonst kann ich auch gehen ...

Bleiben Sie bitte. Der Bundesrat will bis Ende Jahr das institutionelle Rahmenabkommen mit der EU verabschieden, das ist innenpolitisch höchst umstritten. Was halten Sie als alt Bundesräte von diesem Zeitplan?

Couchepin: Die EU ist in Bewegung und muss neue Wege finden. Ob man mit einem Partner diskutieren soll, der in Schwierigkeiten ist, ist umstritten. Die EU braucht ihre Kräfte für die Verhandlungen mit Grossbritannien, für uns hat sie aktuell keine Zeit. Trotzdem sollten wir den Kontakt beibehalten. An sich ginge damit eine Vereinfachung der schon existierenden Verträge mit der EU einher, das ist also nicht per se dumm.

Aber?

Couchepin: Aber der genaue Inhalt ist unklar. Sehen Sie, der Bundesrat hat Ziele. Ob sich diese in der gesetzten Zeit umsetzen lassen, ist eine andere Sache. Ich habe den Eindruck, der Zeitplan ist ehrgeizig. Nur so viel: Der Rahmenvertrag ist eine zeiteffiziente Vereinfachung der Prozeduren. Ich bin nicht dagegen.

Blocher: Der Bundesrat und das Parlament haben ein Verhandlungsmandat verabschiedet, in dem sie sich bereit erklären, EU-Gesetz automatisch zu übernehmen. Ob die Schweizer dies wollen oder nicht. Weigert sich die Schweiz, gibt es Sanktionen der EU. Die EU nennt das Ausgleichsmassnahmen. Und der EuGH – also fremde Richter – würde entscheiden.

Couchepin: Wir müssen hier eine Lösung finden, bei der wir die Freiheit behalten, Nein sagen zu können. Aber wir können natürlich nicht EU-Recht übernehmen und dieses dann nach unserem Gusto interpretieren. Das akzeptiert niemand.

Blocher: Hier sind wir uns einig. Und deshalb will ich das EU-Recht gar nicht erst übernehmen. Die EU will das, und unser Bundesrat macht mit. Ich nicht. Abhilfe schafft hier die «Fremde Richter»-Volksinitiative.

Couchepin: Wenn man fremdes Recht übernimmt, wird es teilweise zum eigenen Recht. Wenn wir etwa einen Vertrag mit der Welt Handelsorganisation übernehmen, akzeptieren wir fremdes Recht. Das ist für mich kein Problem.

Verhandeln die heutigen Bundesräte hart und clever genug? Hat die EU uns nicht gezeigt, wie man auf Verhandlungsbegehren reagiert? Mit einem knappen Nein ...

Couchepin: Nun, beim Rahmenabkommen hat der Bundesrat ein Verhandlungsmandat. Ob man dieses ändern soll, liegt nicht mehr an mir zu entscheiden.

Blocher: Das Mandat war falsch. Wir hätten der EU sagen sollen und sagen können, dass wir keine Abkommen wollen, die uns institutionell binden und die direkte Demokratie ausschalten.

Couchepin: Was heisst institutionell? Das ist ein Begriff, der nicht definiert ist.

Blocher: (unterbricht) Wir können den Begriff ja ausdeutschen ...

Couchepin: (energisch zu Blocher) Lassen Sie mich ausreden! (zur Journalistin) Sie müssen führen!

Ich lasse Sie bewusst etwas reden ...

Blocher: Ich komme ja kaum zu Wort.

Couchepin: (ungläubig) Sie?

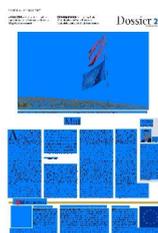
Blocher: (lacht) Ja, Sie sind zu dominant!

«Der institutionelle Rahmenvertrag mit der EU ist eine zeiteffiziente Vereinfachung der Prozeduren. Ich bin nicht dagegen.»

Pascal Couchepin
alt Bundesrat (FDP/VS)

Couchepin: Wir sind wohl wirklich das, was man Alphatiere nennt. (lacht auch)

Gehen wir einen Schritt weiter: Ist der bilaterale Weg in der Schweiz sakrosankt?



Couchepin: In der Politik ist nie etwas sakrosankt. Bis jetzt ist dieser Weg ein guter, den wir weitergehen sollten. Das sieht auch das Schweizervolk so. Vielleicht ist dieser Weg irgendwann nicht mehr möglich, weil die EU keine bilateralen Verträge mehr eingeht. Bis es aber so weit ist, verhandeln wir weiter.

Blocher: Seit 700 Jahren machen wir bilaterale, also zweiseitige Verträge. Heute wissen wir: Der bilaterale Weg funktioniert sehr wohl. Wir von der SVP sind für den bilateralen Weg, aber nicht für jeden bilateralen Vertrag.

Couchepin: Ich auch nicht.

Blocher: Wir beide haben die grosse Differenz bei der Personenfreizügigkeit. Rein juristisch würden dann wegen der Guillotine-Klausel auch sechs andere Verträge hinfällig. Das ist in Kauf zu nehmen, auch wenn es nicht das Ziel ist. Und die EU wird dann auch nachgeben – weil sie ein immenses Interesse an den anderen Verträgen hat.

Herr Couchepin, einverstanden, dass die EU nachgeben würde?

Couchepin: Ich weiss im Gegensatz zu Herrn

Blocher nicht, was die EU machen würde. Er behauptet, die EU würde akzeptieren, was er will. Das ist ein wenig wagemutig.

Blocher: Bei jeder Verhandlung überlege ich, was das Interesse der Gegenseite ist. Selbst Angela Merkel hat nach dem Ja zur Masseneinwanderungs-Initiative erklärt, dass man deswegen die anderen Verträge nicht falllassen würde, weil es nicht im Interesse der EU sei.

Couchepin: Nach diesem Ja waren wir in Schwierigkeiten. Dank der intelligenten Lösung des Parlaments konnten wir diese lösen – weil wir die Personenfreizügigkeit mit der EU nicht angreifen.

Der Widerspruch in der Schweizer Verfassung bleibt. Das Ja zum Zuwanderungsartikel zeigt, dass das Volk beides will: Bilaterale und Kontingente. Wie diesen Widerspruch auflösen?

Couchepin: Der Beweis, dass dieser Widerspruch wenigstens kurzfristig annehmbar ist, ist der, dass die SVP nicht das Referendum gegen die Parlamentsumsetzung ergriffen

hat. Die SVP scheint zumindest provisorisch einverstanden zu sein mit der Umsetzung.

Blocher: Nein, denn die Verfassungsbestimmung bricht mit dem Prinzip des freien Personenverkehrs.

Couchepin: Warum haben Sie das nicht bereits im Abstimmungskampf gesagt?

Blocher: Habe ich, immer. Dieser Widerspruch mit der EU hätte aus dem Weg geräumt werden müssen. Die EU aber hat gesagt, wir verhandeln nicht – entgegen ihrer Vertragsverpflichtung. Und warum wir kein Referendum ergriffen haben, kann ich Ihnen auch sagen: Wenn ein Referendum gegen ein neues Gesetz ergriffen und dieses neue Gesetz dann abgelehnt wird, dann gilt noch immer das bisherige Gesetz. Es hätte sich also gar nichts am Widerspruch geändert!

Couchepin: Die wahre Begründung ist doch: Sie wollen gar keine Diskussion über die Personenfreizügigkeit mit der EU, weil sie diese verlieren würden.

Blocher: Sie werden mir zugestehen, dass ich meine Begründungsgründe besser kenne.

Couchepin: Jaja, das ist jetzt protokolliert. Aber ich kenne die Politik gut genug, um jemanden interpretieren zu können. Wenn wir Zugang zum europäischen Binnenmarkt wollen, können wir doch nicht einen der Grundpfeiler der EU – eben die Personenfreizügigkeit – kündigen.

Herr Blocher, wenn Sie den Fall der Personenfreizügigkeit in Kauf nehmen, müssten Sie dann nicht auf den Zugang zum europäischen Binnenmarkt verzichten?

Blocher: Nein, für den Zugang zum Binnenmarkt ist das Freihandelsabkommen aus den 70er-Jahren entscheidend. Und nicht die Bilateralen I. Wir sind nicht Mitglied des Binnenmarktes und wollen es auch nicht sein. Sonst müssten wir ja alle Gesetze des Binnenmarktes übernehmen. Wir wollen und haben Zugang zum Binnenmarkt, aber keine Mitgliedschaft.

Couchepin: Was ist der Unterschied? Ich will Zugang zum Binnenmarkt, dafür akzeptiere ich einige Bedingungen der EU wie eben die Personenfreizügigkeit.

Blocher: Deutschland etwa ist nicht Mitglied des schwei-



zerischen Binnenmarktes, aber hat den vollen Zugang. Das ist der Unterschied: Wer im Binnenmarkt ist, muss die Binnenmarktgesetzgebung übernehmen. Und: Auch ohne Personenfreizügigkeit kann man Zugang zum Binnenmarkt haben.

Couchepin: Nein, das ist nicht möglich. Der Zugang hat seine Kosten. Wobei die Personenfreizügigkeit für mich keine Kosten sind, sondern ein Vorteil.

Abschliessende Frage: Gibt es den freien Personenverkehr in zehn Jahren noch?

Couchepin: In zehn Jahren sind wir wahrscheinlich beide

tot.

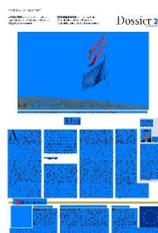
Blocher: Also ich werde in zehn Jahren erst pensioniert. (lacht)

Eine Haltung dazu werden Sie wohl gleichwohl haben?

Blocher: Zum heutigen Zeitpunkt weiss das niemand. Wir wollen, dass man in der Schweiz Leute aus dem Ausland anstellen kann, wenn man sie braucht und in der Schweiz nicht findet. Aber die Masseneinwanderung ist zu verhindern.

Couchepin: Das ist nicht mehr meine Sorge. Aber für meine Kinder und Enkel bleibt die Personenfreizügigkeit auch in zehn Jahren noch wichtig. Ob es sie dann noch geben wird, on verra.





Wichtigste Partnerin



Martina Munz
Nationalrätin (SP)

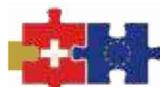
«Wir müssen alles Interesse daran haben, dass es der EU gut geht. Sie ist unsere wichtigste Handelspartnerin, und wenn es der EU schlecht geht, werden auch wir in den Strudel gezogen», sagt die Schaffhauser SP-Nationalrätin Martina Munz. Auch für die Schweiz als Forschungsstandort seien gute Beziehungen zur EU zentral. «Wichtig ist, dass wir das Verhältnis aktiv angehen und nicht einfach abwarten, was die EU macht.» (zge)

Freier Zugang wesentlich



Barbara Buchser
Präsidentin
Kantonaler Gewerbeverband

«Ein guter Zugang zu ausländischen Märkten ist für die Schweiz überlebenswichtig», sagt Barbara Buchser, die Präsidentin des Kantonalen Gewerbeverbandes. «Die enge Verbundenheit mit der EU muss bestehen bleiben und weiterentwickelt werden. Die bilateralen Verträge sind ein geeignetes Instrument, um dies zu gewährleisten. Für die KMU ist ein möglichst ungehinderter Zugang zum europäischen Binnenmarkt wesentlich.»



WIE WEITER?



DER EURO

Als Gemeinschaftswährung von zunächst elf EU-Mitgliedstaaten wurde der Euro 1999 als Buchgeld und 2002 als Bargeld eingeführt. Heute wird die Währung in 19 EU-Mitgliedstaaten verwendet. Der Euro wird auch in Andorra, Monaco, San Marino und dem Vatikan genutzt – diese Kleinstaaten sind aber keine EU-Mitglieder. Der Euro

war ein stark politisches Projekt, das vom deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl vorangetrieben wurde. Als Einheitswährung löste der Euro die früheren nationalen Währungen ab. Kontrolliert wird der Euro von der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main.



DIE INSTITUTIONEN

Gerne verwechselt werden die drei Legislativ-Institutionen der EU: Das *Europäische Parlament* (751 Sitze) repräsentiert die Unionsbürger und ist zuständig für Gesetzgebung, Aufsicht und Haushalt. Im *Europäischen Rat* treffen sich die Staats- und Regierungschefs der 28 EU-Länder – Präsident ist Donald Tusk. Auch der *Rat der Europäischen*

Union ist mit Vertretern der Regierungen besetzt – Minister aus jedem EU-Land, je nach behandeltem Politikbereich.

Die *Europäische Kommission* ist die Exekutive mit Vertretern aus allen EU-Ländern. Präsident ist Jean-Claude Juncker (Bild).

WIRTSCHAFTLICHE ERFOLGE UND PROBLEME

Nach den USA ist die EU mit einem nominalen Bruttoinlandsprodukt von 17,4 Milliarden US-Dollar (2016, Internationaler Währungsfonds) die zweitgrösste Volkswirtschaft der Welt. Sie repräsentiert rund 23 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung.

Im Hinblick auf das Pro-Kopf-Einkommen gibt es ausgeprägte Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedsländern: In Nord- und Westeuropa liegt es meist deutlich höher als im Süden und Osten. 2015 waren die Einkommen in Luxemburg am höchsten, am niedrigsten in Bulgarien. Dennoch haben speziell die Länder des ehemaligen Ostblocks nach ihrem Beitritt 2004 wirtschaftlich vom EU-Marktzugang profitiert, etwa durch höhere Direktinvestitionen.

Zuletzt sorgten aber die Probleme rund um die Gemeinschaftswährung Euro wiederum für trübere Wirtschaftsaussichten – so sind die finanziellen Probleme Griechenlands weiterhin ungelöst.



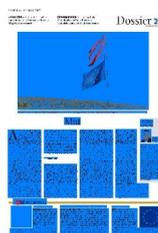
WIE WEITER?



IMPORTE UND EXPORTE

Eng vernetzt sind die Schweiz und die EU auf der wirtschaftlichen Ebene. 2016 sind 54 Prozent der Schweizer Exporte für die EU bestimmt gewesen. Dies entspricht einem Warenwert von 113 Milliarden Franken. Mehr als 18 Prozent davon wurden nach Deutschland exportiert, gefolgt von je circa 6 Prozent nach Frankreich und Italien.

Rund drei Viertel der Schweizer Importe stammen aus der EU. So importierte die Schweiz 2016 Waren im Wert von 124 Milliarden aus der EU. Am meisten Waren kamen aus Deutschland, nämlich 28 Prozent. Darauf folgen Italien (10 Prozent) und Frankreich (8 Prozent).



EWR-BEITRITTS-NEIN

Einen Meilenstein im Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU bildete die eidgenössische Abstimmung zum EWR-Beitritt vom 6. Dezember 1992. Damals stimmten 50,3 Prozent der Wahlberechtigten gegen den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Alle EU-Mitglieder sowie die drei Efta-Länder Island, Liechtenstein und Norwegen gehören dazu. Im EWR gilt freier Waren-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr. Mit dem damaligen überraschenden Abstimmungs-Nein begann der Aufstieg des noch unbekanntes SVP-Politikers Christoph Blocher (Bild).



DIE BILATERALEN VERTRÄGE

Die Zusammenarbeit mit der EU hat die Schweiz nach dem Nein zum EWR-Beitritt 1992 durch neue bilaterale Abkommen geregelt. Diese Bilateralen Verträge I traten im Juni 2002, nachdem das Schweizer Stimmvolk sie gutgeheissen hatte, in Kraft. Die wichtigsten betreffen den Land- und den Luftverkehr, die Landwirtschaft, die Forschung sowie die Personenfreizügigkeit. 2009 wurde an der Urne die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Mitgliedstaaten Rumänien und Bulgarien gutgeheissen, 2013 auch auf Kroatien. Im Oktober 2004 ist ein zweites Bilateralen-Paket verabschiedet worden. Die wichtigsten Verträge betreffen dort die Zusammenarbeit bei Polizei und Justiz, Asyl und Migration (Schengen/Dublin), die Zinsbesteuerung, die Betrugsbekämpfung, die Medien wie auch die Berufsbildung. Schengen/Dublin wurde 2005 vom Stimmvolk angenommen und trat am 1. März 2008 in Kraft.

Schaffhausen und Europa: Eine Hassliebe

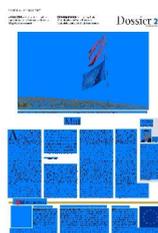
Schaffhausen ist umzingelt von der EU. Über 150 Kilometer Grenze teilt sich der Kanton mit Deutschland, und diese Grenze ist in beide Richtungen durchlässig. Schaffhauser Konsumenten kaufen in deutschen Supermärkten ein, das Schaffhauser Elektrizitätswerk verkauft Strom in Deutschland, Schaffhauser Pendler fahren mit der DB zur Arbeit. Gleichzeitig arbeiten Tausende EU-Bürger in Schaffhauser Betrieben. Doch was heisst das für unseren Kanton? Wir haben bei vier Expertinnen und Experten nachgefragt.

VON **JEANNETTE VOGEL** UND **ZENO GEISSELER**

8 Minuten: So lange – oder so kurz – dauert die Fahrt vom Neuhauser Dorfzentrum ins deutsche Jestetten. Käme da nicht noch eine Zollstelle dazwischen, und ein Devisenkurs, würde man sich nicht wie im Ausland vornehmen. Schaffhausen teilt 150 Kilometer Grenze, eine Sprache und eine Eisenbahn mit Deutschland. Deshalb liegt für Schaffhausen die EU nicht irgendwo im fernen Brüssel. Europa beginnt im Nachbardorf.

Ist ein guter Umgang der Schweiz mit der EU deshalb für unseren Kanton wichtiger als für andere Kantone? «Der gute Umgang mit den Nachbarn ist immer wichtig, bei uns ist dies halt das Ausland», sagt Giorgio Behr, Schaffhauser Unternehmer und Präsident der Industrie- und Wirtschafts-Vereinigung Schaffhausen (IVS). «Guter Umgang heisst aber nicht, auf eigene, klare und durchaus auch fordernde Positionen zu verzichten. Allerdings sind unsere Nachbarn in erster Linie Gemeinden, dann Landkreise und das Land Baden-Württemberg, schliesslich Deutschland und erst am Ende der Kaskade die EU als solche.»

Die Schaffhauser Regierungspräsidentin Rosmarie Widmer Gysel sieht dies äh-



lich: «Die Grenzkantone wie Schaffhausen, Aargau, Basel-Stadt und Thurgau pflegen wahrscheinlich einen engeren Kontakt zu Baden-Württemberg, respektive den entsprechenden Landkreisen, als Binnenkantone. Dies einfach, weil in Bereichen wie Tourismus, Kultur und so weiter viele gemeinsame, grenzüberschreitende Interessen und auch Kommissionen bestehen. Aber auch im familiären Umfeld bestehen seit jeher gute Beziehungen über die Grenze.»

Antworten auf den Einkaufstourismus

Aber eben: Die Grenznahe bedeutet auch, dass das Einkaufen in Deutschland lockt, samt günstigem Eurokurs und Rückerstattung der Mehrwertsteuer.

Hat da die Schaffhauser Wirtschaft überhaupt ein Interesse an einer engen Anbindung? Oder geht es doch eher um Abgrenzung?

«Ich denke, es ist wie überall im Leben, solch wirtschaftliche Bindungen haben sicher gewisse Vorteile, aber sie sind auch immer mit Nachteilen verbunden», sagt der Präsident des Schaffhauser Bauernverbands, Christoph Graf. Regierungsrätin Widmer Gysel ergänzt, «eine Abgrenzung wäre ganz sicher der falsche Weg. Entscheidend wäre jedoch, dass die Schweiz mit gleich langen Spiessen wie die EU kämpfen könnte.» In Bern sei Schaffhausen mit einer Standesinitiative «zur Bekämpfung der Hochpreisinsel Schweiz» allerdings leider nicht durchgekommen. «Die überhöhten Importpreise und die Aufhebung des Beschaffungszwangs im Inland werden die Schweizer Politik weiterhin beschäftigen – nicht nur den Kanton Schaffhausen», sagt sie.

Unternehmer Behr befürchtet sogar, dass die Schweizer Politik den Einkaufstourismus noch ankurbelt: «Die Energiestrategie des Bundesrates wird rasch den Benzinpreis zusätzlich erhöhen und damit einen weiteren Anreiz für Fahrten ins deutsche Grenzgebiet

setzen», sagt er. Abgesehen davon, werde der

Einkaufstourismus durch die massive Überbewertung des Frankens angetrieben, zudem seien die Preise im Schweizer Detailhandel selbst ohne Währungsverzerrung stark überhöht.

Angewiesen auf die Ausländer

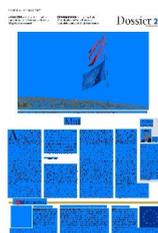
Die Schweiz importiert aber nicht nur Waren aus Europa, sondern auch Arbeitskräfte. Rund 320'000 Grenzgänger zählte die Schweiz im ersten Quartal 2017 gemäss Zahlen des Bundes, im Kanton Schaffhausen waren es knapp 5'000, praktisch alles Deutsche. Diese braucht es gar nicht, ist Bauernpräsident Christoph Graf überzeugt. «Wir könnten in der Schweiz genügend Arbeitskräfte rekrutieren», sagt er. Der Schaffhauser Wirtschaftsförderer Christoph Schärer sieht dies anders: «Insbesondere Fachkräfte mit technischem Hintergrund sind für viele produzierende KMU und Industrieunternehmen sehr wichtig und vielfach unentbehrlich. Der Anteil der Grenzgänger liegt in Schaffhausen bei rund zehn Prozent, in einzelnen produzierenden Industriebetrieben allerdings bedeutend höher.»

Auch Regierungspräsidentin Widmer Gysel sagt, dass es Grenzgänger braucht. «Es war schon immer unumgänglich, das Arbeitskräfte-Reservoir im Land Baden-Württemberg zu nutzen.» Eine jüngst vom Kanton präsentierte Studie und Strategie zur Entwicklung der Bevölkerung mache sehr deutlich, dass der Kanton auch in Zukunft auf die Zuwanderung von Ausländern angewiesen sein werde, sagt sie.

Ohne ausländische Fachkräfte, ist auch Unternehmer Behr überzeugt, geht es nicht, allerdings gehe es da nicht nur um Personen aus der EU: «Die moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft verlangt etwa im Informatikbereich Spezialisten, welche auch die EU dringend benötigt – folglich sucht man in Asien, Osteuropa oder Afrika nach solchen Fachkräften.»

Wer hört die Schaffhauser Stimme?

Der Austausch über die Grenze bestimmt den Schaffhauser Alltag, doch die Fundamente dazu werden weit weg gelegt, in Bern,



Berlin oder Brüssel. Wie kann Schaffhausen seine Anliegen einbringen und mitreden, wenn selbst ein mächtiges deutsches Bundesland wie Baden-Württemberg manchmal Mühe hat, sich Gehör zu verschaffen? «Gehör verschaffen sich Baden-Württemberg, der Kanton Schaffhausen und die weiteren Grenzkantone sowohl durch die ständige Thematisierung als auch durch eine enge Zusammenarbeit mit den zuständigen Parlamentariern im Bundestag und im eidgenössischen Parlament und in den Ministerien», sagt Regierungsrätin Widmer Gysel.

«Elektrifizierung war unnötig»

Kritik an der Politik kommt allerdings von Unternehmer Behr: «Auf Schaffhauser Seite – etwa beim Ausbau der Talstrasse Richtung Thayngen – fehlt der Mut, selbst etwas anzustossen. Und mit dem «Geniestreich» S-Bahn Jestetten hat Schaffhausen ebenso Geld ohne echten Gegenwert verschleudert wie mit der unnötigen Elektrifizierung der Strecke nach Erzingen.» Mit neuen Antriebstechniken wäre man viel günstiger zu ökologisch sinnvollen Lösungen gekommen, sagt er.

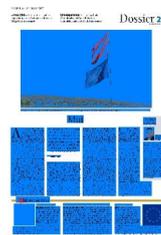
Behr ruft dazu auf, Probleme nicht nur zu bewirtschaften, sondern konkrete Lösungen einzubringen. So habe der Halbstundentakt nach Zürich dank einer Studie der IVS in den Hauptverkehrszeiten sogar vor Abschluss des Doppelspur-Ausbaus im Rafzerfeld realisiert werden können.

Auch für die chronisch überlastete Strassenverbindung über Eglisau habe die IVS mit einer Studie entscheidende Impulse gegeben. «Dafür», sagt Behr, «braucht es etwas Kenntnis der Fakten, Weitblick und Fantasie – mehr ja nicht.»



Bild vom Büsinger Gemeindehaus: Für unsere Region liegt die EU nicht im fernen Brüssel, sondern beginnt nur wenige Minuten Fahrt entfernt.

Bild Key



Wie eine Eisenbahn



Peter Briner, alt Ständerat (FDP)

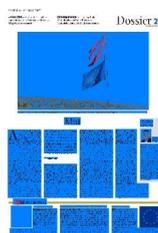
«Die EU ist kein feindseliges Gebilde», sagt der Schaffhauser alt Ständerat Peter Briner. «Gerade in den Nachbarländern treffen wir auf ähnliche kulturelle und gesellschaftspolitische Werte.» Briner vergleicht Europa mit der Eisenbahn: «In ganz Europa fahren wir mit der gleichen Spurweite, auch in der Schweiz. Aber wir wollen selbst entscheiden, wie schnell wir unterwegs sind und wo und wann wir Weichen stellen.» Die Zeit für neue Verhandlungen sei schlecht: «Die EU ist stark mit sich selbst beschäftigt. Sie wird uns nichts bieten, was sie nicht auch ihren Mitgliedern bieten kann.» (zge)



INMITTEN DER EU
1935 Kilometer misst die Landesgrenze der Schweiz. Sie ist ausser den 41 Grenzkilometern mit dem Fürstentum Liechtenstein gesamthaft von EU-Territorium umschlossen. Die längste Staatsgrenze ist mit 782 Kilometern diejenige zu Italien im Süden. Im Westen grenzt die Schweiz an Frankreich mit 585 Kilometern, im Norden an Deutschland mit 347 Kilometern und im Osten an Österreich mit 180 Kilometern. Die EU hat eine Aussengrenze zu Lande mit einer Gesamtlänge von insgesamt 14 303 Kilometern. 13,5 Prozent davon teilt sie mit der Schweiz.



TÄGLICH ÜBER DIE GRENZE
318 500 ausländische Grenzgänger zählte die Schweiz Ende 2016. Das sind Personen, die meist im Grenzgebiet wohnen und in der EU leben, aber zum Arbeiten in die Schweiz pendeln. Davon sind 64,4 Prozent Männer und 35,6 Prozent Frauen. 2011 waren es 251 700 Grenzgänger und somit fast ein Viertel weniger. Im Genferseeraum arbeitet über ein Drittel aller Grenzgänger. Es folgt die Nordwestschweiz als zweitgrösste Grenzgängerregion. In der Ostschweiz sind es über 25 000 Personen. Im Tessin ist mittlerweile mehr als jede vierte erwerbstätige Person (27,1 Prozent) ein «frontaliere».



AUSLANDSCHWEIZER BEVORZUGEN EU-LÄNDER

Basierend auf dem Personenfreizügigkeitsabkommen im Jahr 1999 zwischen der Schweiz und der EU können sich EU-Bürger in der Schweiz vereinfacht niederlassen und einer Arbeit nachgehen, aber auch Schweizer in EU-Staaten vereinfacht einwandern. So lebten 464'409 Schweizer Ende 2016 in einem Staat der Europäischen Union, das sind 61,7 Prozent aller Auslandschweizer. Zu den beliebtesten Destinationen von Schweizer Auswanderern gehören Frankreich mit 200'730 und Deutschland mit 89'390 Schweizern. Danach kommen Italien mit 51'895 und Grossbritannien mit 34'971 Schweizern. In der Schweiz wiederum stammten Ende 2016 rund 70 Prozent der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung aus den EU-28/Efta-Staaten. Von den 1'390'405 Ausländern sind 318'653 italienische Staatsangehörige und 304'706 Staatsbürger Deutschlands, gefolgt von den Portugiesen mit 269'521 Personen.

«EU hat schon manche Krise gemeistert»

VON ANNA KAPPELER

Die Schweiz und die EU werden immer aufeinander angewiesen sein, ist der EU-Botschafter in der Schweiz, Michael Matthiessen, überzeugt. Im Interview erläutert er zudem, warum 2017 das Jahr sein könnte, in dem die Beziehungen erweitert und vertieft werden.

Herr Botschafter, in wenigen europäischen Ländern ist die EU unbeliebter als in der Schweiz. Macht es Spass, die EU hier zu vertreten?

Michael Matthiessen: Ich glaube, dass die Schweizerinnen und Schweizer es schätzen, in einem friedlichen, demokratischen und prosperierenden Europa zu leben. Und dass sie sich bewusst sind, dass sie dies zu einem grossen Teil der europäischen Integration zu verdanken haben. Ja, ich vertrete gerne die Europäische Union in der Schweiz. Sie ist ein wichtiger Partner. Und ich habe Freude an meiner Arbeit.

Haben Sie Verständnis dafür, dass die Schweiz nicht in der EU ist?

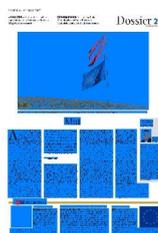
Matthiessen: Die Schweiz ist ein freies Land,

genauso wie die Mitgliedstaaten der EU. Sie kann frei entscheiden, welchen Weg sie gehen will. Diese Freiheit und das Glück, Nachbarn zu haben, die seit über 60 Jahren miteinander in Frieden leben, verdankt die Schweiz wie gesagt auch der EU.

Nervt sich die EU über die Schweiz und sieht in ihr eine Rosinenpickerin?

Matthiessen: Die Schweiz ist in erster Linie ein wichtiger wirtschaftlicher und politischer Partner. Der Handelsaustausch zwischen der EU und der Schweiz beläuft sich auf eine Milliarde Franken pro Arbeitstag! Was stimmt, ist, dass das System der bilateralen Abkommen sehr kompliziert geworden ist. Es gibt über 100 Verträge zwischen der EU und der Schweiz. Jeder funktioniert nach anderen Regeln, es gibt Rechtsunsicherheiten, die die Verträge nicht lösen können. Die Europäische Union wünscht sich da eine Vereinfachung und mehr Rechtssicherheit für Bürger und Unternehmen. Deshalb verhandeln wir mit der Schweiz über ein institutionelles Rahmenabkommen. In den Sektoren, wo die Schweiz am EU-Binnenmarkt teilnimmt, wollen wir einheitliche «Hausregeln» schaffen.

Wie beurteilt die EU den eingeschlagenen Weg der Schweiz bei der Zuwanderungs-Initiative?



Matthiessen: Die Europäische Kommission hat das Gesetz, welches das Schweizer Parlament beschlossen hat, begrüsst. Nun werden wir dessen Anwendung in den Verordnungen und in der Praxis genau beobachten.

Wird es die Personenfreizügigkeit in zehn Jahren überhaupt noch geben?

Matthiessen: Auf jeden Fall! Die Personenfreizügigkeit ist eine der vier Freiheiten des EU-Binnenmarktes und gehört sozusagen zur DNA des europäischen Integrationsprojektes. Es mögen Anpassungen nötig werden, etwa bei den Bedingungen für den Zugang zu den Sozialleistungen. Aber das Recht der Bürgerinnen und Bürger der EU, in allen Mitglied-

staaten ein Stellenangebot oder einen Studienplatz annehmen zu dürfen und sich frei zu bewegen, wird bleiben.

Der Brexit und die Zuwanderungs-Initiative können als Warnung gelesen werden, dass sich die EU dringend weiterentwickeln muss.

Was macht die EU falsch?

Matthiessen: Die Europäische Union entwickelt sich seit 60 Jahren und hat schon manche Krise gemeistert. Sonst wäre sie nicht da, wo sie heute ist. Und sie hat auch auf die Brexit-Abstimmung reagiert. Die Europäische Kommission hat im März in ihrem Weissbuch zur Zukunft Europas fünf mögliche Szenarien für die Weiterentwicklung der EU mit 27 Mitgliedstaaten präsentiert – von einem Rückbau und einer Konzentration auf den Binnenmarkt bis hin zu einer weiteren Vertiefung der politischen Integration. Diese Optionen werden jetzt auf allen Ebenen diskutiert. Im Dezember wird der Europäische Rat der Regierungschefs erste Schlussfolgerungen ziehen.

«Es wäre gut, wir würden das viele Verbindende beto-

nen, anstatt manchmal so zu tun, als würden wir auf zwei verschiedenen Kontinenten leben.»

Michael Matthiessen

EU-Botschafter in der Schweiz

Was verlöre die EU, würde die Schweiz die Bilateralen kündigen?

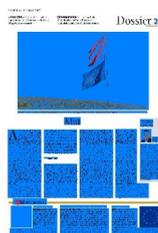
Matthiessen: Die bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU bringen beiden Seiten Vorteile. Ich möchte aber daran erinnern, dass diese Verträge von der Schweiz gewünscht wurden, als Ersatz für den vom Volk abgelehnten EWR. Denn die Schweizer Wirtschaft braucht den Zugang zum EU-Binnenmarkt. Ich glaube daher nicht, dass ein solcher Schritt im Interesse der Schweiz läge.

Welche Priorität haben die Verhandlungen mit der Schweiz zum Rahmenabkommen trotz Brexit und anderen Krisen aktuell?

Matthiessen: Die EU ist zu diesem Rahmenabkommen bereit. Sicher, sie ist auch mit anderen grossen Fragen beschäftigt. Aber wenn die Schweiz den politischen Willen aufbringt, die Beziehungen zur EU auf eine neue und solidere Basis zu stellen, wird Brüssel dafür Hand bieten.

Das Rahmenabkommen ist innenpolitisch umstritten, gleichzeitig ist eine Kündigungs-Initiative angekündigt. Unterschätzt die EU die Gefahr, dass die Verhandlungen über dieses Abkommen zum Schluss die bilateralen Verträge torpedieren?

Matthiessen: Beim Rahmenabkommen geht es darum, den bilateralen Verträgen ein stabiles Fundament zu geben und den Zugang der Schweizer Exportwirtschaft zum EU-Binnenmarkt langfristig zu regeln. Durch den Ab-



schluss dieses Abkommens wird die Partnerschaft zwischen der EU und der Schweiz ihr volles Potenzial entfalten können. Das wird in der Schweizer Öffentlichkeit noch zu wenig wahrgenommen.

Haben Sie dafür Verständnis, dass die EU zwischenzeitlich 15 Dossiers mit der Schweiz blockiert hat?

Matthiessen: Seit dem Gesetz über die Zuwanderungs-Initiative und der Ratifizierung des Kroatien-Protokolls im Dezember ist einiges in Bewegung gekommen: Die Schweiz wurde wieder assoziiertes Mitglied des EU-Forschungsprogramms Horizon 2020. Vor zwei Wochen haben die Europäische Union und die Schweiz ein Verwaltungsabkommen über die Zusammenarbeit beim Bevölkerungsschutz abgeschlossen. Bundespräsidentin Leuthard und Kommissionspräsident Juncker haben an ihrem Treffen im April angekündigt, dass alle anderen Dossiers weitergeführt werden. Nach einer dreijährigen Stagnation aufgrund der Zuwanderungs-Initiative könnte 2017 das Jahr werden, wo wir unsere Beziehungen weiterentwickeln und vertiefen.

Der Bundesrat will die nächste Kohäsionsmilliarde nicht sprechen, bis die EU der Schweiz entgegenkommt. Verhandelt der Bundesrat richtig?

Matthiessen: Es liegt nicht an mir, die Schweizer Verhandlungsstrategie zu beurteilen oder Empfehlungen auszusprechen. Die Kohäsionspolitik beruht auf dem Prinzip der europäischen Solidarität: Sie will die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichgewichte in Europa verringern. Die Europäische Union selbst wendet für Ko-

häsion im Zeitraum 2014–2020 gut 350 Milliarden Euro auf.

Wie wünschen Sie sich das Verhältnis der Schweiz zur EU in zehn Jahren?

Matthiessen: Die Schweiz wird auch in zehn Jahren in der Mitte Europas liegen. Und Hand aufs Herz: Gibt es einen Kontinent oder eine historische Epoche, wo Schweizerinnen und Schweizer sich wohler fühlen würden als im heutigen Europa? Was ich damit sagen will: Die EU und die Schweiz werden immer aufeinander angewiesen sein. Es wäre gut, wir würden das viele Verbindende betonen, anstatt manchmal so zu tun, als würden wir auf zwei verschiedenen Kontinenten leben.

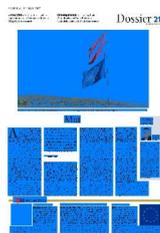
Das Interview wurde schriftlich geführt.

«Wir zahlen, EU profitiert»



**Thomas Hurter,
Nationalrat
(SVP)**

«Den bilateralen Weg weitergehen, aber keine vertiefte Integration: Dies ist für die Schweiz der Königsweg im Umgang mit der EU», sagt der Schaffhauser SVP-Nationalrat Thomas Hurter. Die Schweiz tue gut daran, selbstbewusst aufzutreten und sich stärker zu positionieren. Sie sei keine Rosinenpickerin. «Wer hat die höchste Zuwanderung? Wir. Wer hat den Gotthard und die Neat finanziert? Wir. Wer profitiert? Europa.» Dennoch rasselte die EU mit dem Säbel und verfolge eine Vogel-friss-oder-stirb-Haltung. Dabei sei eine Partnerschaft doch eigentlich ein Geben und Nehmen. (zge)



Schaffhauser Nachrichten
8201 Schaffhausen
052/ 633 31 11
www.shn.ch

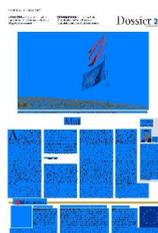
Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 19'793
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Seite: 21
Fläche: 742'452 mm²

Auftrag: 1095889
Themen-Nr.: 999.204

Referenz: 65321394
Ausschnitt Seite: 19/25





WIE WEITER? ■



EHER GEGEN EU-BEITRITT

Die Meinung der Eidgenossen zu einem EU-Beitritt der Schweiz hat sich über die Jahre stark gewandelt. In der Mosaik-Studie – dabei handelt es sich um eine schweizweite, repräsentative Befragung zum politischen Verhältnis zu Europa – sprachen sich im Jahr 2005 noch 44 Prozent für einen EU-Beitritt aus. 2015 waren nur noch

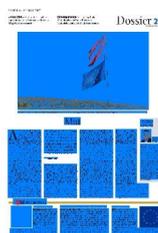
knapp 17 Prozent dafür. Müssten die Befragten nun zwischen EU-Beitritt und Bilateralen entscheiden, wären 80 Prozent für die Bilateralen, 8 Prozent für einen EU-Beitritt und 12 Prozent für die Einstellung sämtlicher Annäherungen.



EU-OSTERWEITERUNG

Die grösste Erweiterung in der Geschichte der EU fand am 1. Mai 2004 statt. Damals wurden die Staaten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern als Vollmitglieder in die EU aufgenommen. Die Aufnahme von Rumänien und Bulgarien erfolgte am 1. Januar 2007, Kroatien wurde am 1. Juli 2013;

das 28. Mitglied der Europäischen Union. Den Status eines Beitrittslandes haben derzeit Mazedonien, Albanien, Montenegro, Serbien und die Türkei. Potenzielle Beitrittskandidaten sind auch Bosnien und Herzegowina und Kosovo.



VERHÄLTNIS ZUR TÜRKEI

Die Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der EU wurden offiziell im Oktober 2005 aufgenommen. Bereits sechs Jahre zuvor, am 11. Dezember 1999, wurde dem Land der Status eines offiziellen Beitrittskandidaten zuerkannt. Grundlage war das Ankara-Abkommen 1963. Ein möglicher Beitritt der Türkei ist jedoch umstritten, grosse Teile von EU-Bürgern und türkischen Bürgern lehnen ihn ab. Präsident Recep Tayyip Erdogan (Bild) hingegen warf jüngst der EU vor, sie würde sein Land seit einem halben Jahrhundert warten lassen. Wenn sich bald nichts täte, würde die Türkei «auf Wiedersehen» sagen.



Einer, der seine Meinung geändert hat

Peter Hartmeier war früher einem EU-Beitritt der Schweiz gegenüber positiv eingestellt. Die Ablehnung des EWR-Beitritts 1992 war für ihn ein betrübliches Ereignis. Mit den bilateralen Verträgen habe die Schweiz aber eine wirtschaftlich erfolgreiche Alternative gefunden. Die EU sieht Hartmeier heute kritischer: Zu stark dränge Brüssel in vielen Fragen auf Vereinheitlichung. Kein Verständnis hat er aber für Schadenfreude über die aktuellen Probleme der EU.

VON **DANIEL JUNG**

Er war während mehrerer Jahrzehnte einer der bekanntesten Journalisten der Schweiz. Heute ist Peter Hartmeier Partner einer Kommunikationsagentur in Zürich. «Es gibt heute in der Schweiz einen breiten Konsens», sagt Hartmeier, «wir wollen nicht Mitglied werden in der EU.» Diese Haltung teilt Hartmeier. «Unter den heutigen Bedingungen bin ich sicher nicht für einen Beitritt zur EU», sagt er.

Das war aber nicht immer so.

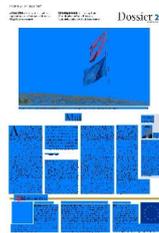
In einem Interview mit der Zeitschrift «Persönlich» von 2005 sagte der damalige Chefredaktor des «Tages-Anzeigers»: «Ich selber trat immer für eine Öffnung der Schweiz ein, wobei ich früher sogar eine rasche EU-Mitgliedschaft befürwortet habe.»

Schwer enttäuscht nach dem EWR-Nein

In den frühen 90er-Jahren setzte sich Hartmeier engagiert für den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Gemeinschaft (EG) und zum Europäischen Wirtschafts-

raum (EWR) ein. 1990 lancierte er als Chefredaktor der Zeitschrift «Politik und Wirtschaft» eine Volksinitiative zum EG-Beitritt, für die jedoch nicht genügend Unterschriften zusammenkamen. «Ich habe dies damals als einen guten Weg angesehen», sagt Hartmeier. Dass bei der EWR-Abstimmung von 1992 ein Nein resultierte, sei aus heutiger Sicht aber kein Drama. «Es wäre falsch, dem nachzutruern», sagt er.

Im EWR-Abstimmungskampf hatten sich Befürworter und Gegner in klare Freund-Feind-Positionen begeben. Am 6. Dezember 1992, am Tag der Abstimmung, war Hartmeier schwer enttäuscht. «An diesem Sonntagabend war ich todtraurig», sagt er. Er befürchtete, dass sich das Land nun negativ entwickeln würde. «Man konnte sich damals nicht vorstellen, dass die Schweiz aus dieser Sackgasse wieder herausfinden könnte», sagt Hart-



meier, «so wütend waren wir.»

In einem offenen Brief, der am Freitag nach der Abstimmung im «Wochen-Express» der SN veröffentlicht wurde, schrieb Hartmeier: «Wenn ein Gemeinwesen sich nicht mehr zu verändern vermag, stirbt es letztlich ab.» In der Schweiz ortete Hartmeier tiefe Gräben und eine politische Krise. «Der Weg, zu dem wir uns jetzt entschieden haben, wird nämlich hart und konfliktreich werden», schrieb Hartmeier.

Bilaterale: Eine Erfolgsgeschichte

Dass es der Schweiz in der Folge dennoch gelungen sei, mit den bilateralen Verträgen einen erfolgreichen Weg einzuschlagen, sei das Verdienst der Kräfte der liberalen Mitte um FDP, CVP, den gemässigten Kräften der SP und Teilen der SVP. «Die Bilateralen haben sich hervorragend bewährt», sagt Hart-

«Mich stört
manchmal die
Überheblichkeit
gewisser Schweizer,
die sich darüber
freuen, wenn es der
EU schlecht geht.»

meier. Er ist überzeugt, dass die Schweiz einen grossen Teil ihres Wirtschaftswachstums der letzten Jahrzehnte den bilateralen Verträgen verdankt.

Auch künftig, so Hartmeier, müsse die Schweiz ihre Interessen gegenüber der EU selbstbewusst vertreten. Ziel soll es sein, ein entspanntes und unverkrampftes Verhältnis zur Gemeinschaft zu haben. In der Politik, ist Hartmeier überzeugt, müsse man aber immer in Optionen denken. «Ich würde niemals eine Option ideologisch-fundamental ausschliessen.» Ak-

tuell sei ein EU-Beitritt der Schweiz aber kein Thema. Oberstes Ziel müsse es sein, den nachfolgenden Genera-

tionen in der Schweiz eine erfolgreiche Zukunft zu ermöglichen – kulturell, wirtschaftlich und politisch. Dafür müsse man sich möglichst viele Optionen offenhalten. «Wir müssen uns die Freiheit erhalten, immer wieder neue Entscheide zu fällen.»

Die internationale Schweiz pflegen

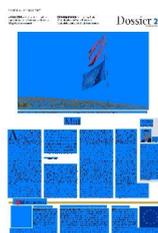
Kritik an der EU ist in der Schweiz oft mit Kritik an der Personenfreizügigkeit verbunden. Gegenüber den Menschen, die in die Schweiz einwandern, ist Hartmeier grundsätzlich positiv eingestellt. Dass überhaupt so viele Menschen in die Schweiz kommen wollten, zeige doch, wie attraktiv das Land sei.

«Ich halte das Wort «Dichtestress» für Blödsinn», sagt Hartmeier. Klar habe es am Morgen am Zürcher Hauptbahnhof viele Leute – das gehöre aber zur Schweiz dazu. Hartmeier ist froh, dass die Schweiz die Heimat vieler internationaler Firmen wie Georg Fischer, Novartis, Nestlé oder UBS ist. «Wir sind ein wirtschaftlich erfolgreiches Land, das jungen Leuten Perspektiven und Karrieren bieten kann», sagt er. Die internationale Offenheit sei eine der Stärken der Schweiz. Er schätze es, am Morgen an einer Sitzung Englisch zu sprechen, am Mittag Hochdeutsch und am Abend Schaffhauser Dialekt.

Zu starke Harmonisierung

Dennoch hat Hartmeier seine Meinung zur EU geändert. Der Hauptgrund, warum er die EU heute viel kritischer sieht als früher, ist die politische Einflussnahme von Brüssel auf die Mitgliedsländer. Als Liberaler befürworte er zwar grosse Wirtschaftsräume. «Ich bin aber dagegen, dass zu viele Gebiete harmonisiert werden, die gar nicht harmonisiert werden müssen», sagt er. Daneben haben auch die Fehler, die im Umgang mit der Eurokrise gemacht wurden, zu einer weiteren Entfremdung geführt. «Die Einführung des Euro war ein politisches Projekt, letztlich aber ein Fehler», sagt er.

Hartmeiers Haltung zu Europa hat viel zu tun mit seiner beruflichen Karriere: Als Auslandsredaktor der «Weltwoche» verfasste er



Reportagen aus Deutschland, Frankreich und England. Als junger Journalist lernte er diese drei Länder so gut kennen. «Viele Schweizer unterschätzen die Bedeutung der EU als Friedensprojekt», sagt er. Speziell in Deutschland und Frankreich sei es ein zentrales Element, dass die beiden früheren Erzfeinde sich friedlich gegenüberstehen. «Wir Schweizer gehen darüber oft etwas spöttisch hinweg», sagt Hartmeier. Die Erfahrung der Weltkriege habe die Menschen in Deutschland und Frankreich anders geprägt.

Die Schweiz müsse nicht in die EU eintreten, sondern ihren eigenen Weg finden, ist Hartmeier überzeugt. «Mich stört manchmal die Überheblichkeit gewisser Schweizer, die sich freuen, wenn es der EU schlecht geht.» Diese Schadenfreude lehnt Hartmeier charakterlich ab, hält sie aber auch für politisch unklug. «Eine Destabilisierung

von Europa», sagt Hartmeier, «schadet auch der Schweiz.»

Zur Person

Aktuell Peter Hartmeier (64) ist Kommunikationsberater, Publizist und Moderator. Er ist Partner des Beratungsunternehmens Lemongrass Communications in Zürich und Vorsitzender des Publizistischen Ausschusses der AZ Medien in Aarau. Er ist Mitglied der FDP.

Laufbahn Hartmeier startete seine journalistische Karriere 1977 beim «Badener Tagblatt». Er war Auslandsredaktor bei der «Weltwoche», stellvertretender Chefredaktor der «Neuen Luzerner Nachrichten» sowie Chefredaktor des Magazins «Politik und Wirtschaft», das 1991 mit der «Bilanz» zusammengeführt wurde. Später war er Geschäftsführer des Verbands Schweizer Medien und Chefredaktor des «Tages-Anzeigers». Von 2010 bis 2013 war er Leiter der Unternehmenskommunikation der UBS Schweiz.

Familie Er ist verheiratet, hat zwei erwachsene Kinder und lebt in der Stadt Schaffhausen.



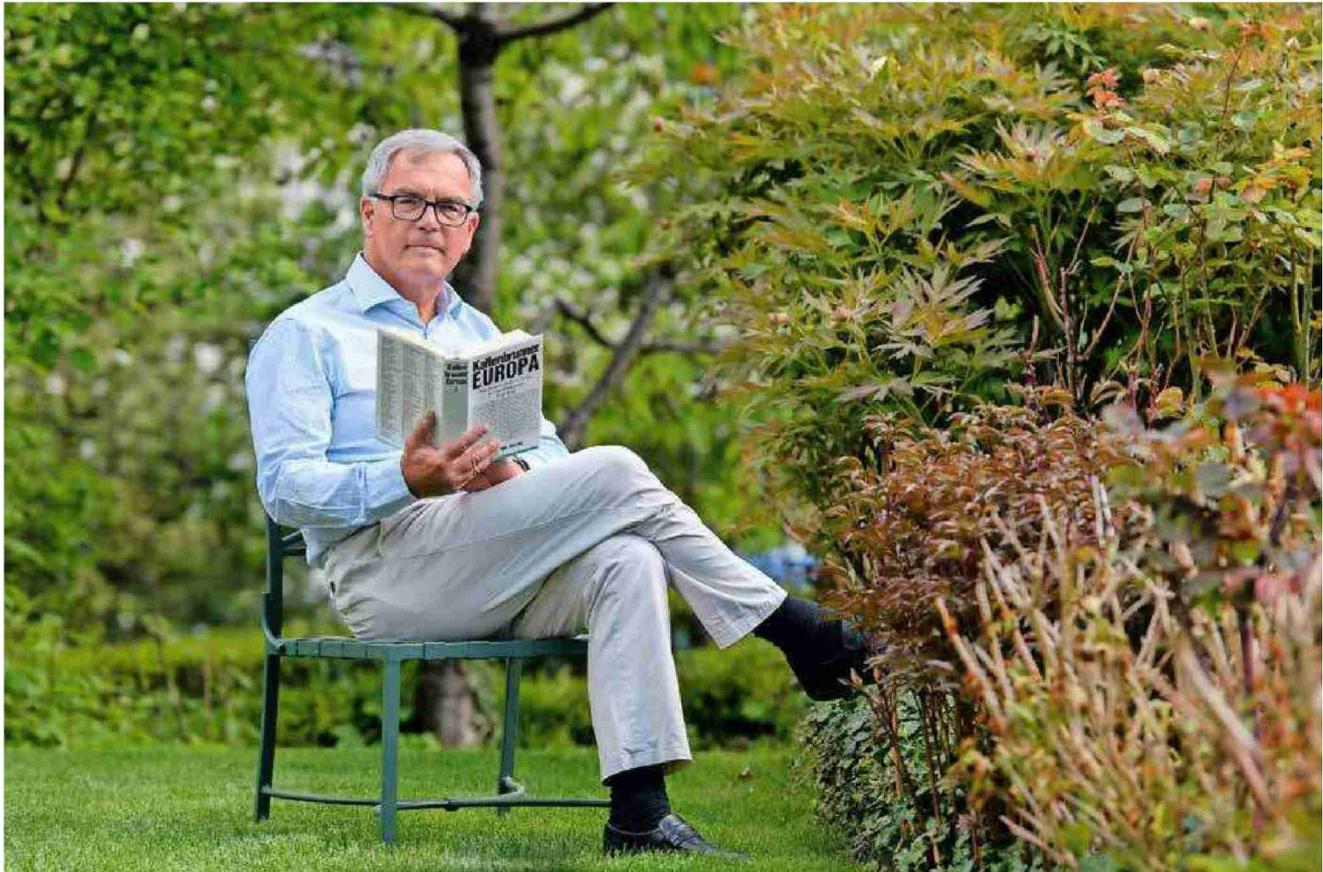
Schaffhauser Nachrichten
8201 Schaffhausen
052/ 633 31 11
www.shn.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 19'793
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Seite: 21
Fläche: 742'452 mm²

Auftrag: 1095889
Themen-Nr.: 999.204

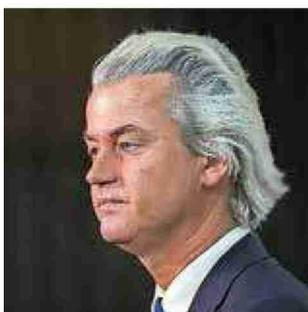
Referenz: 65321394
Ausschnitt Seite: 24/25



«Viele Schweizer unterschätzen die Bedeutung der EU als Friedensprojekt»: Peter Hartmeier in seinem Garten in Schaffhausen.

Bild: Michael Kessler

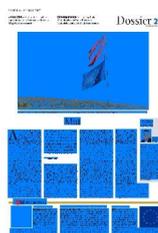
WIE WEITER? |



DIE ANTI-EU-BEWEGUNG

Es sind unter anderem die Zweifel an dem Grossprojekt EU, aber auch die Vorstellung von der EU als einer zentralistischen Macht, in der Lobbyisten das Sagen haben, die der Anti-EU-Bewegung Aufwind geben. So sieht die Alternative für Deutschland (AfD) den Euro als gemeinsame Währung für gescheitert an. Andere Parteien plädieren für

den Austritt ihres Landes aus der EU, darunter die Fünf-Sterne-Bewegung von Beppe Grillo in Italien, der Front National in Frankreich sowie die Partei für die Freiheit in den Niederlanden von Geert Wilders (Bild).



DER BREXIT

Am 23. Juni 2016 stimmten die Wähler des Vereinigten Königreiches für den EU-Austritt. Im Januar 2017 stellte Premierministerin Theresa May (Bild) einen Zwölf-Punkte-Plan vor, der einen «harten Brexit» vorsieht, keine Teil- oder assoziierte Mitgliedschaft. Britannien soll aus dem EU-Binnenmarkt, der Zollunion und dem Europä-

schen Gerichtshof ausscheiden. Bei ihrem Austrittsgesuch im März sprach May jedoch von einem «ehrgeizigen Freihandelsabkommen». Nach einer vertraglich vorgesehenen zweijährigen Verhandlungsperiode soll Britanniens Mitgliedschaft im März 2019 enden.

WIE SIEHT DIE ZUKUNFT DER EU AUS?

Im März 2017 erschien ein Weissbuch der EU-Kommission zur Zukunft der Union. Fünf Szenarien beschreiben darin, wo die EU im Jahr 2025 stehen könnte – je nachdem, welchen Kurs sie künftig fährt. Ein Titel lautet: «Wer mehr will, tut mehr». Die «Koalitionen der Willigen» könnten also in einzelnen Bereichen die Zusammenarbeit erhöhen und die Integration vorantreiben. Damit soll verhindert werden, dass die EU durch Spannungen zwischen Nord, Ost, Süd und West gelähmt wird. Ist das ein realistischer Ausweg? Die Union muss sich derzeit vielen zentralen Herausforderungen stellen: etwa den Brexit-Verhandlungen, der Euro-Frage oder der Flüchtlingskrise. Zuletzt war die Sorge gross, dass EU-Gegnerin Marine Le Pen (Front-National) die französischen Präsidentschaftswahlen gewinnt. Entspannung kam mit dem Sieg von EU-Befürworter Emmanuel Macron.